

## 10 Jahre EU-Volksabstimmung - eine richtige Entscheidung?

MMag. Christian Mandl  
Leiter der Abteilung EU-Koordination  
Wirtschaftskammer Österreich

Vor zehn Jahren - am 12. Juni 1994 - fand in Österreich die erste verfassungsmäßig notwendige Volksabstimmung statt. Unerwartete 66,64 Prozent stimmten dem EU-Beitritt zu - ein Wert, der in den nachfolgenden Abstimmungen in Schweden und Finnland bei weitem nicht erreicht wurde. Zu diesem Zeitpunkt, war die "EU-phorie" am größten. Mittlerweile scheint in der Stimmungslage ein wenig Ernüchterung eingekehrt zu sein. Stellt man heute die Frage, ob Österreich der EU beitreten sollte, würde nach jüngsten Umfragen die Abstimmung auf Messers Schneide stehen. Andererseits wären mehr als zwei Drittel der Bevölkerung dagegen, aus der EU wieder auszutreten.

Heute nach zehn Jahren kann aus wirtschaftlicher Sicht jedoch nur ein Resümee gezogen werden: Die Entscheidung war richtig.

Viele der vorausgesagten Effekte - positive wie negative - sind eingetreten, manche unerwartete Auswirkungen hatte die EU-Mitgliedschaft ebenfalls. Eines scheint aber unbestritten zu sein: Österreich wurde internationaler, verkrustete Strukturen wurden durch den Wettbewerbsdruck aufgebrochen, Liberalisierung und Privatisierung wurden beschleunigt, politische Einflüsse aus den Betrieben eliminiert. Die EU wirkte quasi als Wettbewerbs- und Innovationsmotor. Das Land hat sich geöffnet und vom bisherigen "Inseldasein" verabschiedet.

### **Wegfall der Zollkontrollen und Wartezeiten**

Der wichtigste Effekt für die heimische Wirtschaft war der gleichberechtigte Zugang zum Binnenmarkt. Weder das 1972 abgeschlossene Freihandelsabkommen noch der Europäische Wirtschaftsraum (der erst ein Jahr vor der Mitgliedschaft in Kraft trat) konnten die für die Wirtschaft wichtigste Freiheit des Binnenmarktes - die Freiheit des Warenverkehrs - herstellen. Einerseits waren die Landwirtschaft und die nachgelagerte Nahrungs- und Genussmittelwirtschaft vom Freihandelsabkommen ausgeschlossen, andererseits blieben Grenzformalitäten (Kontrolle der Warenbegleitpapiere) und die nicht kalkulierbaren Wartezeiten an den Grenzen zu Italien und Deutschland als Wettbewerbsnachteil gegenüber EU-Firmen bestehen. Innerhalb der EU waren die Grenzkontrollen durch die Einführung des Binnenmarktes am 1. 1. 1993 abgeschafft worden.

Damit beispielsweise Just-in-time-Lieferungen pünktlich durchgeführt werden konnten, unterhielten zahlreiche österreichische Firmen kostspielige Auslieferungslager innerhalb der EU, um nach Einlangen von Bestellungen die Waren ohne Grenzwarezeiten gleich im Binnenmarkt ausliefern zu können.

Berechnungen der Europäischen Kommission vor Vollendung des Binnenmarktes (Cecchini-Report) kalkulierten diese Kosten mit rund zwei bis fünf Prozent des Warenwertes. Umgerechnet auf die damaligen österreichischen Exporte in die

Europäische Union lagen die Kosten zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro pro Jahr. Dabei sind noch nicht einmal jene entgangenen Aufträge berücksichtigt, die aufgrund dieser Kostennachteile gar nicht zustande gekommen waren. Mit dem EU-Beitritt haben die zeitlich nicht kalkulierbaren Kontrollen und die Grenzaufenthalte an Bedeutung verloren. Lediglich die aufgrund des Schengen-Abkommens notwendigen Passkontrollen blieben für einige Monate aufrecht.

Die Integration in den Binnenmarkt hatte für alle Branchen Vorteile - mit Ausnahme der in Österreich klein strukturierten Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die aufgrund des Ausschlusses aus dem Freihandel bis 31. 12. 1994 zwar einen geschützten Heimmarkt, aber natürlich auch die Produktionskapazität lediglich auf einen Markt von rund acht Millionen möglichen Konsumenten ausgerichtet hatte. Von einem Tag auf den anderen standen diese Unternehmen durch den EU-Beitritt im vollen Wettbewerb mit den großen EU-Konkurrenten. Vielfach konnten entsprechende Produktionskapazitäten im Vorfeld nicht aufgebaut werden bzw. die vorhandenen Kostennachteile aufgrund der geringeren Betriebsgrößen nicht wettgemacht werden. Ein zweiter Problembereich ergab sich bei den Speditionen, bei denen der Wegfall der Zollabwicklung natürlich große Umsatzeinbrüche mit sich brachte. In diesen beiden Bereichen waren auch die größten Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen, Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen für die betroffenen Mitarbeiter wurden aus zwei eingerichteten Arbeitsstiftungen finanziert.

### Direktinvestitionen

Vor dem Beitritt bestand die berechtigte Erwartung, dass Österreich als EU-Mitglied verstärkt ausländische Direktinvestitionen von Unternehmen anziehen würde. Diese Erwartungen wurden auch nicht enttäuscht, seit dem Beitritt wurden in Österreich nicht weniger als **37,32 Milliarden Euro** investiert. Damit investierten ausländische Unternehmen in Österreich seit dem EU-Beitritt durchschnittlich (1995 - 2002) pro Jahr **rund 4,15 Milliarden** Euro. In den drei Jahren vor dem Beitritt waren es ca. 1,3 Milliarden. Die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich sind damit im Durchschnitt auf mehr als das Dreifache angestiegen, die größten Investitionen stammen von Unternehmen aus Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Schweiz.

Tabelle: Ausländische Netto-Direktinvestitionen in Österreich  
(Per Ende 1997 in Summe 250,4 Mrd. Schilling investiert in Ö)

Jahr	Direktinvestitionen	davon EU(15)	Schweiz	USA
1992	1,144 Mrd. €	0,738		
1993	0,961 "	0,693	0,029	0,082
1994	1,745 "	1,006	0,187	0,192
1995	1,395 "	0,804	0,201	0,208
1996	3,405 "	2,948	0,136	0,208
1997	2,354 "	1,492	0,063	0,350
1998	4,078 "	4,372	0,380	- 0,036
1999	2,792 "	2,093	0,318	0,275
2000	9,595 "	7,747	1,172	0,475
2001	6,615 "	5,705	0,462	0,475

2002	1,012 "	0,222	0,308	0,355
<b>2003</b>	<b>6,074 "</b>	<b>4,109</b>	<b>0,541</b>	<b>0,816</b>

Die teilweise starken Ausschläge hatten die Ursache in Großinvestitionen bzw. Übernahmen: 1996 wurde Billa durch Rewe übernommen, Baxter kaufte die Firma Immuno, und es gab eine größere Beteiligung an einer heimischen Bank. Im Jahre 1998 wurde ein Teil der Mobilkom an die Telecom Italia verkauft (diese zog sich 2002 wieder zurück, wodurch der große Rückgang in diesem Jahr erklärbar ist), im Jahre 2000 kam der Deal der Hypo-Vereinsbank mit BA-CA zustande. Im Jahre 2003 wurde die Brau-Union durch die Heineken-Gruppe übernommen.

Neben den ausländischen Investitionen in Österreich sind auch die österreichischen Investitionen im Ausland seit dem EU-Beitritt stark angestiegen, wenngleich etwas geringer als die ausländischen Investitionen in Österreich. Seit dem Beitritt investierten österreichische Unternehmen im Ausland **insgesamt 31,237 Milliarden Euro**. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Investitionsvolumen **von 3,48 Milliarden Euro**; in den drei Jahren vor dem EU-Beitritt waren es jährlich 1,135 Milliarden Euro.

In den letzten Jahren scheint eine Trendwende sowohl hinsichtlich der beteiligten österreichischen Unternehmen als auch bezüglich der Zielregionen eingeleitet worden zu sein. Hinter dieser Entwicklung steht bei einer stagnierenden Zahl von Großinvestitionen eine stabile und sogar wachsende Anzahl kleiner und mittlerer Unternehmensbeteiligungen im Ausland. Ein ganz starker Investitionsboom ist in den vergangenen Jahren nicht in der EU zu finden, sondern in jenen mittel- und osteuropäischen Ländern, die heuer der EU beitreten. **(2003 Erste Bank kauf Posta-Bank)**

Tabelle: Österreichische Netto-Direktinvestitionen im Ausland  
(per Ende 1997 in Summe 197,2 Mrd. Schilling im Ausland investiert)

Jahr	Direktinvestitionen	davon EU(15)	Zentral-/Osteuropa
1992	1,356 Mrd. €	0,656	
1993	1,006 "		0,180
1994	1,043 "		0,364
1995	0,828 "		0,312
1996	1,488 "		0,487
1997	1,762 "		0,817
1998	2,469 "		1,338
1999	3,098 "		1,013
2000	6,230 "		3,068
2001	3,506 "	-	0,855
2002	5,588 "		0,661
<b>2003</b>	<b>6,276 "</b>		<b>2,134</b>

#### Teilnahme an Forschungsprojekten

Auch im Forschungsbereich konnte Österreich vom EU-Beitritt stark profitieren: Im 4. Rahmenprogramm (1994 - 1998) wurden insgesamt 1.927 österreichische Beteiligungen an 1.444 erfolgreichen Projekten verzeichnet; von den über

Projektausschreibungen vergebenen Mitteln erhielt Österreich 192 Millionen Euro seitens der EU zugesprochen; im Verhältnis zum Anteil, den Österreich zum Forschungsrahmenprogramm leistet, bedeutete dies einen Rückfluss von 73 Prozent.

Im 5. Rahmenprogramm konnten die gewonnenen Erfahrungen noch besser umgesetzt werden. Die Rückflussquote liegt bereits bei 100 Prozent. Bei aller Aufmerksamkeit, die den Rückflüssen in Österreich gewidmet wird, darf man nicht vergessen, dass der Wert der Teilnahme an den Forschungsprojekten nicht nur in der Lukrierung von EU-Fördermitteln besteht. Die Forschungsergebnisse repräsentieren einen Wert, der sich aus den Fördermitteln der EU an alle Partner in den Projekten plus der Eigenmittel der Partner zusammensetzt. Im 4. Rahmenprogramm partizipierten die österreichischen Teilnehmer an einem Projektvolumen von ca. 2,06 Milliarden Euro. Die Projekte, an denen Österreicher im 5. Rahmenprogramm beteiligt sind, haben bereits ein Gesamtvolumen von 2,33 Milliarden Euro.

### **Bildungsprogramme**

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Österreich die Tür zur Kooperation im Bildungsbereich mit den anderen 14 Mitgliedstaaten, sowie durch den Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum mit Norwegen, Island und Liechtenstein geöffnet. Die Liste der teilnahmeberechtigten Staaten wurde schrittweise um die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die baltischen Staaten sowie Malta und Zypern erweitert.

Die Antragsrunden für das Programm Leonardo da Vinci sind in Österreich auf große Resonanz gestoßen. Während in der Programmperiode 1995-1999 ca. 4.500 Teilnehmer an Mobilitätsprojekten verzeichnet werden konnten, erhöhte sich diese Zahl im Programm Leonardo II (2000-2006) in den ersten vier Jahren der neuen Periode bereits auf 5.500, womit insgesamt bereits rund 10.000 Personen partizipierten.

Ähnlich positive Erfahrungen wurden im Rahmen der Austauschprogramme Sokrates und Erasmus gemacht. Bis zum Studienjahr 2003/04 wurden insgesamt mehr als 30.000 Studierende gefördert, für 2004/05 wird ein weiterer Anstieg der Zahlen um 25% erwartet, womit erstmals mehr als 4.000 Österreicher im Ausland studieren werden.

### **Regionalförderung**

In der öffentlichen Diskussion spielten die zu erwartenden EU-Förderungen eine große Rolle. Österreich musste zu Beginn der Mitgliedschaft - ebenso wie die 2004 beitretenden Ländern - erst geeignete Verwaltungsstrukturen zur Administration der EU-Mittel schaffen; teilweise wurde in unserem Land auch der Fehler begangen, zu viele bereits bestehende Einrichtungen mit der Abwicklung zu betrauen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache wurden erst Ende des Jahres 1995 die ersten operationellen Programme für Österreich seitens der EU-Kommission genehmigt. Insgesamt erhielten die betreffenden Regionen im Zeitraum 1995 - 1999 von der EU rund 22 Milliarden Schilling (1,623 Milliarden Euro zu Preisen 1995) zugesprochen.

Entgegen den Aussagen mancher Politiker wurde kein „Geld in Brüssel liegen gelassen“; über den Sinn des einen oder anderen Projektes könnte allerdings durchaus diskutiert werden. Voraussetzung für das Abrufen der EU-Mittel war und ist eine nationale Kofinanzierung durch Bund und Länder, wodurch sich das Projektvolumen mehr als verdreifachte.

Für die Periode 2000 - 2006 bekam Österreich insgesamt 1,9 Milliarden Euro (mehr als 25 Milliarden Schilling) aus EU-Mitteln zugesprochen. Unter Berücksichtigung der nationalen Kofinanzierung beträgt das gesamte mögliche Projektvolumen rund 6,6 Mrd. Euro.

Die Verteilung der Strukturfondsmittel auf die österreichischen Bundesländer zeigt ein starkes Ost-West-Gefälle (mit Ausnahme der Bundeshauptstadt Wien):

<u>Zielprogramme</u>	<u>EU-Mittel</u>	<u>Gesamtprojekte geplant</u>
Ziel 1		
Burgenland	270,1 Mio. €	860 Mio. €
Ziel 2 (inkl. "Phasing out")		
Kärnten	85,3 "	466 "
Niederösterreich	177,2 "	876 "
Oberösterreich	121,9 "	719 "
Salzburg	17,8 "	88 "
Steiermark	215,5 "	1.139 "
Tirol	44,7 "	220 "
Vorarlberg	22,7 "	153 "
<u>Wien</u>	<u>18,1 "</u>	<u>48 "</u>
Insgesamt	703,0 "	3.708 "
Ziel 3 (Sozial und Beschäftigungsprogramme)		
<u>Österreich</u>	<u>548,2 "</u>	<u>1.260 "</u>
Zielprogramme	1.521,3 Mio. €	5.828 Mio. €
<u>Gemeinschaftsinitiativen</u>		
Interreg III	198,0 "	396,1 "
Urban II (Wien, Graz)	8,4 "	36,5 "
Leader + (ländl. Raum)	75,5 "	161,5 "
<u>Equal</u>	<u>102,0 "</u>	<u>204,0 "</u>
Insgesamt	383,9 "	798,0 "

Das Burgenland konnte den Status als Ziel 1-Gebiet bis 2006 behalten, in der nächsten Strukturfonds-Periode dürfte diese höchste EU-Förderstufe allerdings durch die positive wirtschaftliche Entwicklung des Burgenlands verloren gehen. Die Ziel 2-Gebiete (vormals Ziel 2 und Ziel 5b) in Österreich umfassen bis 2006 noch knapp zwei Millionen Einwohner (rund 25 Prozent der Gesamtbevölkerung). Durch die EU-Erweiterung wird es in der Periode 2007 - 2013 zu einer starken Verlagerung der Förderungsströme in Richtung der neuen Beitrittsländer geben, womit die Österreich zu Verfügung stehenden Mittel höchstwahrscheinlich stark gekürzt werden.

## Wirtschafts- und Währungsunion

Der Wunsch Österreichs, von Beginn an bei der Wirtschafts- und Währungsunion dabei sein zu können, bewirkte durch die Notwendigkeit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien eine Kehrtwendung vom „Deficit spending“ hin zu einer Konsolidierung des Budgets (wie die folgende Tabelle eindrucksvoll nachweist) sowie eine damit einhergehende Reduktion der österreichischen Staatsverschuldung.

Tabelle: Öffentliches Defizit/Finanzierungssaldo in % des BIP

1990	- 2,4%
1991	- 3,0%
1992	- 2,0%
1993	- 4,2%
1994	- 5,0%
1995	- 5,2%
1996	- 3,8%
1997	- 1,9%
1998	- 2,4%
1999	- 2,3%
2000	- 1,5%
2001	+ 0,2%
2002	- 0,2%
2003	- 1,3%

Österreich verzeichnete die höchsten Budgetdefizite (in % des BIP) seit dem Jahre 1990 in den Jahren 1993 - 1996. Die Notwendigkeit der Erfüllung der Maastricht-Kriterien (maximal drei Prozent Budgetdefizit) führte zu einem dramatischen Abbau des Defizits, im Jahre 2001 konnte sogar erstmals ein minimaler Überschuss erwirtschaftet werden. Parallel dazu erfolgte auch ein leichter Abbau der öffentlichen Verschuldung von **69,2 Prozent** im ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft auf **65,0 Prozent** im Jahr 2003. Dieser Schuldenabbau muss allerdings in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, denn das Maastricht-Ziel liegt bei maximal 60 Prozent Verschuldung (gemessen am BIP) bzw. zumindest einer rückläufigen Tendenz der Verschuldung. Österreich erfüllt dieses Kriterium lediglich durch die Rückläufigkeit.

## Inflationsrate

Während 1993 die Inflationsrate noch 3,6 Prozent betrug, verringerte sich diese im ersten EWR-Jahr auf 3,0 Prozent, Im Beitrittsjahr 1995 betrug sie knapp über zwei Prozent, 1999 wurde mit 0,6 Prozent der tiefste Wert in der Geschichte der zweiten Republik erreicht. Die Inflationsraten der Jahre 1995 und 1996 wären noch geringer ausgefallen, hätten nicht hausgemachte Preissteigerungen (Mieten und öffentliche Gebühren) die positiven Effekte zum Teil zunichte gemacht. Der signifikante Anstieg im Jahre 2001 auf 2,3 Prozent ist auf den Ölpreis, stark gestiegene Preise bei Erziehung und Unterricht (Studiengebühren), in der Gesundheitspflege sowie auf Gebührenerhöhungen zurückzuführen. Im ersten Euro-Jahr betrug die Inflationsrate 1,7 Prozent.

Tabelle: Jährliche Inflationsrate in Österreich

1990	3,3%
1991	3,3%
1992	4,1%
1993	3,6%
1994	3,0%
1995	2,2%
1996	1,9%
1997	1,3%
1998	0,9%
1999	0,6%
2000	2,0%
2001	2,3%
2002	1,7%
2003	1,3%

Die Wirtschaftsforscher (WIFO) schätzen, dass die Inflationsrate ohne EU-Beitritt um etwa ein Prozent höher liegen würde. Österreichische Haushalte ersparen sich dadurch insgesamt etwa 1,1 Milliarden Euro jährlich (rund 145 Euro pro Person).

### Außenhandel

Aufgrund der rechtlichen Änderung im Statistikbereich sind die Daten ab dem Jahr 1995 mit den Jahren davor nur bedingt vergleichbar. Das in der Europäischen Union übliche INTRASTAT und EXTRASTAT-System sieht einerseits eine Auskunftspflicht lediglich für alle Wareneingänge und -versendungen für alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen über gewissen Schwellenwerten vor. Es gibt somit keine Totalerfassung der Exporte und Importe, wie es vor dem EU-Beitritt durch die Zollpapiere (und dem Statistik-Durchschlag) üblich war. Diese Statistikerhebungen waren für Unternehmer im Übrigen eine der wenigen negativen Begleiterscheinungen des EU-Beitritts. Vielfach wurde erwartet, dass der Wegfall der Zolldokumente im innergemeinschaftlichen Verkehr eine spürbare administrative Entlastung mit sich bringen würde. Diese Einsparungseffekte wurde jedoch durch die monatlich von den Betrieben zu erstellenden Aufzeichnungen über inner- und außergemeinschaftliche Warentransporte (INTRASTAT und EXTRASTAT) teilweise wieder zunichte gemacht. Andererseits gibt es im Vergleich der Daten 1994 mit späteren Jahren teilweise starke statistische Verzerrungen, wenn Waren über große Häfen in den Binnenmarkt gelangen und innerhalb des Binnenmarktes erst später nach Österreich kommen (sogenannter „Rotterdam-Effekt“).

Österreich konnte die sich nach dem EU-Beitritt und durch die Ostöffnung bietenden Chancen stark nutzen und belegt - nicht zuletzt aufgrund der boomenden Exporte nach Mittel- und Osteuropa vor der EU-Erweiterung - im Zeitraum 1995 - 2002 mit einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Warenexporte von 10,5 Prozent im Vergleich mit den übrigen EU-Staaten den zweiten Platz hinter Irland (+ 11,2 Prozent).

Tabelle: Außenhandelsentwicklung 1994 - 2001

	Exporte in Mio. €	Veränderung in %	Importe in Mio. €	Veränderung in %
1994	37.246	+ 9,7%	45.702	+ 11,3%
1995	42.151	+ 13,2%	48.548	+ 6,6%
1996	44.490	+ 5,5%	51.798	+ 6,7%
1997	51.962	+ 16,8%	57.430	+ 10,9%
1998	56.302	+ 7,8%	61.200	+ 6,8%
1999	60.266	+ 7,04%	65.316	+ 6,7%
2000	69.160	+ 14,8%	74.270	+ 3,7%
2001	74.251	+ 7,4%	78.691	+ 5,95%
2002	77.400	+ 4,2%	77.104	- 2,0%
2003	78.470	+ 1,4%	79.831	+ 3,5%

Der weitaus wichtigste österreichische Handelspartner ist sowohl export- als auch importseitig Deutschland, an zweiter Stelle folgt Italien. Exportseitig liegt die USA an dritter Stelle, gefolgt von der Schweiz, von Frankreich, dem Vereinigten Königreich, und Ungarn an 7. Stelle. Importseitig liegt Italien an zweiter Stelle, dann folgen Frankreich, die USA, die Tschechische Republik, die Schweiz und Ungarn.

Der Beitritt zur Europäischen Union hat - wie die Zahlen beweisen - unbestrittene Effekte auf die Intensivierung des Handels. Vergleicht man die Exporte des Jahres 1994 (vor dem Beitritt) mit denen von 2001, ergibt sich rund eine Verdoppelung, die Importe sind im gleichen Zeitraum um ca. 75 Prozent gestiegen.

### Arbeitsproduktivität - Arbeitskosten

Seit der EU-Mitgliedschaft verbesserte sich Österreichs im EU-Ranking der Arbeitsproduktivität entscheidend. Während die heimische Wirtschaft 1995 bei der Wertschöpfung pro Erwerbstätigem noch an 11. Stelle lag, konnten bis zum Jahr 2003 drei Plätze gutgemacht werden. Dies ist nicht nur auf praktisch keine Produktionsausfälle durch Streiks zurückzuführen (1995 - 2001 gingen lediglich sieben Arbeitstage je 1000 Arbeitnehmer verloren - kein anderes EU-Land verzeichnete einen vergleichbar hohen sozialen Frieden), sondern auch auf eine dramatische Verbesserung bei den Arbeitskosten. Noch 1995 lagen die österreichischen Löhne und Lohnnebenkosten in der Sachgütererzeugung um rund 14 Prozent über dem EU-Durchschnitt, im Jahre 2003 reduzierte sich dieser Wettbewerbsnachteil auf 0,5 Prozent über dem EU-Schnitt. Damit konnten auch die Lohnstückkosten in der Periode 1995 - 2002 um 0,8 Prozent gesenkt werden, ein Wert, der im Vergleich mit den 14 anderen EU-Mitgliedern lediglich von Irland mit einem Rückgang von 2,3 Prozent übertroffen wurde.

### Performance-Vergleich Belgien - Österreich - Schweden - Schweiz

Die bisher erwähnten Fakten zeigen deutlich auf, dass Österreich internationaler geworden ist und in vielen Bereichen die EU-Mitgliedschaft und zuletzt die EU-Erweiterung um die Länder aus Mittel- und Osteuropa bzw. Malta und Zypern genützt hat. Es ist aber nicht uninteressant zu vergleichen, wie sich das von der



Bevölkerungszahl etwas größere Gründungsmitglied Belgien, das mit Österreich beigetretene Schweden sowie der „Außenseiter“ Schweiz über den Zeitverlauf entwickelt haben:

<u>Indikator</u>	<u>Österreich</u>	<u>Belgien</u>	<u>Schweden</u>	<u>Schweiz</u>
BIP/Kopf Kaufkraft (Index EU-15 = 100)				
1995	110	112	102	132
2000	114	108	107	121
2002	110	108	102	117
durchschnittliches jährliches reales Wachstum (% des BIP)				
1991-1995	2,0	1,6	0,7	- 0,1
1996-2000	2,7	2,7	3,2	1,8
2001-2003	1,0	0,7	1,5	0,5
durchschnittliche jährliche Inflationsrate				
1991-1995	3,1 %	2,2 %	4,8 %	3,0 %
1996-2000	1,2 %	1,6 %	1,1 %	0,7 %
2001-2003	1,7 %	1,8 %	2,3 %	0,6 %
Arbeitslosenrate (in % der Erwerbstätigen)				
1990	3,3 %	6,7 %	1,8 %	0,5 %
1995	3,9 %	9,9 %	8,8 %	4,2 %
2000	3,7 %	6,9 %	5,6 %	1,8 %
2003	4,5 %	8,2 %	5,7 %	3,7 %

Eindeutig ist zu erkennen, dass die „Newcomer“ Österreich und Schweden sowie das Gründungsmitglied Belgien gegenüber der Schweiz beim BIP pro Kopf klar an Boden gewonnen haben; gegenüber dem Gründungsmitglied Belgien haben Österreich und Schweden leicht zugelegt (im Gesamtverhältnis zu allen EU-Staaten blieb das Wohlstandsniveau über den Zeitverlauf konstant).

Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Wachstumsraten. Während die Schweiz in den ersten Jahren der 1990er in einer Rezession steckte (und auch heute nicht so stark wächst wie die EU), gibt es im Vergleich zwischen Österreich und Belgien leichte Vorteile für unser Land unmittelbar vor dem Beitritt als auch seit 2000. Schweden hinkte vor dem Beitritt nach, konnte allerdings nach dem Beitritt stark aufholen bzw. in den Wachstumsraten sowohl Österreich als auch Belgien hinter sich lassen.

Bei den Inflationsraten ist die internationale Tendenz auffallend: in der ersten Hälfte der 1990er Jahre relativ hohe Inflationsraten (ca. drei Prozent), in den folgenden fünf Jahren praktisch keine Inflation (auch in der Schweiz) - nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen der EU-Staaten, die Maastricht-Kriterien einzuhalten - mit einem leichten Anstieg (Ausnahme: Schweiz) seit der Jahrtausendwende.

Ein ähnliches Auf und Ab erkennt man auch hinsichtlich der Arbeitslosenrate. Noch 1990 herrschte in den betrachteten Staaten praktisch Vollbeschäftigung (Ausnahme: Belgien), bis 1995 stieg die Arbeitslosenrate mit Ausnahme Österreichs jedoch dramatisch an (Belgien rund 10 Prozent, Schweden 8,8 Prozent, in der Schweiz

überstieg sie mit 4,2 Prozent sogar die österreichische Quote). Bis zum Jahre 2000 erreichte die Arbeitslosigkeit wieder relativ normale Werte. Seit damals steigt die Zahl der Arbeitsuchenden wieder stärker an.

## **Zusammenfassung**

Die vorliegenden Zahlen, Daten und Fakten belegen, dass die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und der Wegfall von Beschränkungen zum Binnenmarkt von der heimischen Wirtschaft genützt wurden. Die Integration in den Binnenmarkt brachte für alle Branchen Vorteile - mit Ausnahme der klein strukturierten, und vor dem EU-Beitritt abgeschotteten Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie den Speditionen.

Der Maastricht-Vertrag und die damit beschlossene Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion legten Österreich und den anderen EU-Staaten Beschränkungen auf, die sich in einer notwendigen Budgetkonsolidierung und einer rückläufigen Staatsverschuldung äußerten. Durch die Einsparung bei öffentlichen Ausgaben, aber auch durch Steuererhöhungen wurden allerdings verringerte Konsumausgaben in Kauf genommen, die sich in einem relativ niedrigen Wirtschaftswachstum niederschlugen. Andere Länder leiteten aufgrund äußerer Umstände (z. B. Finnland aufgrund des Wegfalls des Handels mit der Sowjetunion nach 1989) diesen Konsolidierungsprozess bereits früher ein.

Österreich konnte im Vergleich mit den anderen EU-Mitgliedern in vielen Bereichen Terrain gewinnen (Arbeitskosten, Lohnstückkosten, Exportentwicklung, Standortattraktivität etc.). Die durch den EU-Beitritt bewirkten Liberalisierungen und Privatisierungen ermöglichten auch Rangverbesserungen in internationalen Rankings (z. B. Economic Freedom of the World des Fraser Institute - Österreich verbesserte sich von Rang 28 im Jahr 1995 auf Rang 13 im Jahr 2003; im World Competitiveness Scoreboard von IMD lag Österreich 1998 noch an 24. Stelle, 2002 an 13. Stelle).

Verstärkt wurde dieser positive Trend durch die sich immer stärker abzeichnende EU-Erweiterung um die Länder aus Mittel- und Osteuropa sowie Malta und Zypern. Die Exporte in diese Region boomten, die österreichischen Direktinvestitionen in diesen Ländern erreichten Rekordwerte. Österreich zählt in seinen Nachbarländern zu den größten Investoren. Durch die geografische Nähe profitierten gerade die heimischen Unternehmer besonders und - nicht überraschend - wird gerade Österreich und Deutschland prophezeit, die eigentlichen Gewinner der EU-Erweiterung 2004 zu sein. Österreich wird in der Union von 25 Staaten nicht mehr an der Peripherie liegen, sondern im Zentrum Europas, noch dazu mit stark wachsenden Märkten vor der eigenen Haustüre. Die Chancen für eine positive Entwicklung unseres Landes stehen somit sehr gut. Nehmen wir die Wettbewerbs-Herausforderung im neuen, größeren Europa an. Die wichtigste Voraussetzung dazu wurde mit dem "Ja" zur EU-Mitgliedschaft am 12. Juni 1994 geschaffen.